

## Antrag

**der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Sahra Wagenknecht, Ali Al-Dailami, Klaus Ernst, Andrej Hunko, Christian Leye, Amira Mohamed Ali, Zaklin Nastic, Jessica Tatti, Alexander Ulrich und der Gruppe BSW**

### **Diplomatie statt Taurus-Marschflugkörper – Initiativen zur Beendigung des Ukraine-Krieges unterstützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Aufruf von Papst Franziskus nach Aufnahme von Friedensverhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Krieges unter internationaler Vermittlung verdient Unterstützung: „Verhandlungen sind nie eine Kapitulation. Es ist der Mut, das Land nicht in den Selbstmord zu treiben.“ Dem tragen auch der türkische Vorschlag eines Friedensgipfels und die Vermittlungsgespräche des Sondergesandten der Volksrepublik China Rechnung. Die ukrainische Regierung unter Präsident Wolodymyr Selenskyj hat die türkische Friedensinitiative wie auch den Appell von Papst Franziskus für eine Verhandlungslösung zurückgewiesen und hält seit Ende September 2022 ein Dekret in Kraft, das Verhandlungen mit Russland verbietet.

Deutschland ist mittlerweile der größte europäische Waffenlieferant der Ukraine. Auch die Lieferung von deutschen Taurus-Marschflugkörpern wird den Stellungs- und Abnutzungskrieg, der bereits mehrere hunderttausende Tote und Verletzte auf beiden Seiten gefordert hat, nicht zu Gunsten der Ukraine ändern. Das hat die Luftwaffenführung der Bundeswehr in dem abgehörten Gespräch vom 19. Februar 2024 bestätigt. Vielmehr birgt die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, die mit einer Reichweite von 500 Kilometern russische Großstädte wie Moskau treffen können, enormes Eskalationspotenzial und würde durch eine weitere Verwicklung Deutschlands in den Krieg das Risiko einer unmittelbaren Konfrontation zwischen der NATO und Russland erhöhen sowie die Chancen für eine diplomatische Verhandlungslösung schmälern. Eine Taurus-Lieferung ist auch mit der historischen Verantwortung Deutschlands vor dem Hintergrund der Ermordung von 27 Millionen Sowjetbürgern im Zweiten Weltkrieg und dem Friedensgebot des Grundgesetzes unvereinbar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- diplomatische Initiativen zur Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine tatkräftig zu unterstützen, statt den Krieg durch immer umfangreichere Waffenlieferungen zu verlängern und dafür in immer größerem Umfang deutsches Steuergeld bereitzustellen;

- Russland und die Ukraine zur Aufnahme von Gesprächen über einen sofortigen Waffenstillstand zu drängen und die weitere Unterstützung der Ukraine von der Verhandlungsbereitschaft der Regierung Selenskyj sowie der Rücknahme des Dekrets, das Verhandlungen mit Russland verbietet, abhängig zu machen;
- die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine dauerhaft auszuschießen.

Berlin, den 12. März 2024

**Dr. Sahra Wagenknecht und Gruppe**